



Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

auch wenn ich selbst erst seit 30 Jahren Teil der europäischen Gemeinschaft bin, beeindruckt mich dieses unvergleichliche Projekt nachhaltig. Die **Europäische Union** steht für mich für Völkerverständnis, grenzenlose Freiheit und jahrzehntelangen Frieden in Europa. Gleichzeitig glaube ich, dass sie noch sehr viel mehr ermöglichen kann: Mehr Solidarität, mehr Wohlstand, mehr Gerechtigkeit. Die Berliner SPD-Kandidatin und langjährige Gewerkschafterin **Gaby Bischoff** ist genau die richtige, um diese Ziele in die Tat umzusetzen, sodass alle Menschen von Europa profitieren können. Deshalb bitte ich Sie darum, ihr am 26.05. Ihre Stimme zu geben.

*Ihr Andreas Geisel,
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin*



BAUEN, KAUFEN, DECKELN

Foto: Markus Spiske (Unsplash.com)

Viele Berlinerinnen und Berliner sind in Sorge, dass sie sich ihre Stadt schon bald nicht mehr leisten können. Insbesondere die steigenden Mieten fühlen sich bedrohlich an, da sie den persönlichen Rückzugsort, das eigene Zuhause, gefährden.

Für die SPD ist deshalb klar: Wohnraum muss bezahlbar bleiben. Aus diesem Grund kämpfen wir bereits mit einer Vielzahl von Maßnahmen gegen Mietwucher, Preistreiberei und Verdrängung.

Das wirksamste Mittel gegen steigende Mieten ist unserer Ansicht nach die Schaffung von neuem, günstigem Wohnraum. Bis 2026 sollen deshalb durch die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften 53.400 neue Wohnungen gebaut werden. Bestehende Kooperationsvereinbarungen sichern Wohnraum mit stabilen Mieten. Mietsteigerungen sind auf maximal 2% pro Jahr begrenzt. Die maximale Mietbelastung soll bei 30% des Haushaltseinkommens liegen. Mehr bezahlbarer Wohnraum kann auch durch den Kauf schon bestehender Wohnungen geschaffen werden. Sobald Wohnungen in Landeseigentum übergegangen sind, kann das Mietniveau stabilisiert werden.

Seit 2018 sind in Berlin Zweckentfremdungen verboten, bestehende Wohnräume besser vor Abriss und spekulativem

Leerstand geschützt, die Geldbußen bei Verstößen deutlich erhöht und ein Umwandlungsverbot von Miet- in Wohneigentum erlassen worden.

Gleichzeitig hat die SPD auf Bundesebene als eine der ersten Maßnahmen in Regierungsbeteiligung eine Verschärfung der Mietpreisbremse verabschiedet. VermieterInnen sind seit Beginn dieses Jahres dazu verpflichtet, bei Neuvermietungen vor Abschluss des Mietvertrages unaufgefordert Auskunft über die zuvor vereinbarte Mierte zu erteilen. Außerdem müssen VermieterInnen künftig begründen, warum sie eine Mierte über der zulässigen Höchstmiete verlangen. Tun sie das nicht, können die Mieter Geld zurückverlangen.

MieterInnen sind nun auch besser vor hohen Mietsteigerungen in Folge von Modernisierungen geschützt. Mittlerweile können nur noch 8% statt 11% der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete umgelegt werden. Hinzu kommt eine Kapazitätsgrenze von 3 Euro/m² für die ersten sechs Jahre nach der Modernisierung. Sofern die Mierte unterhalb von 7 Euro/m² liegt, darf die Mierte infolge einer Modernisierung nur 2 Euro innerhalb von sechs Jahren steigen.

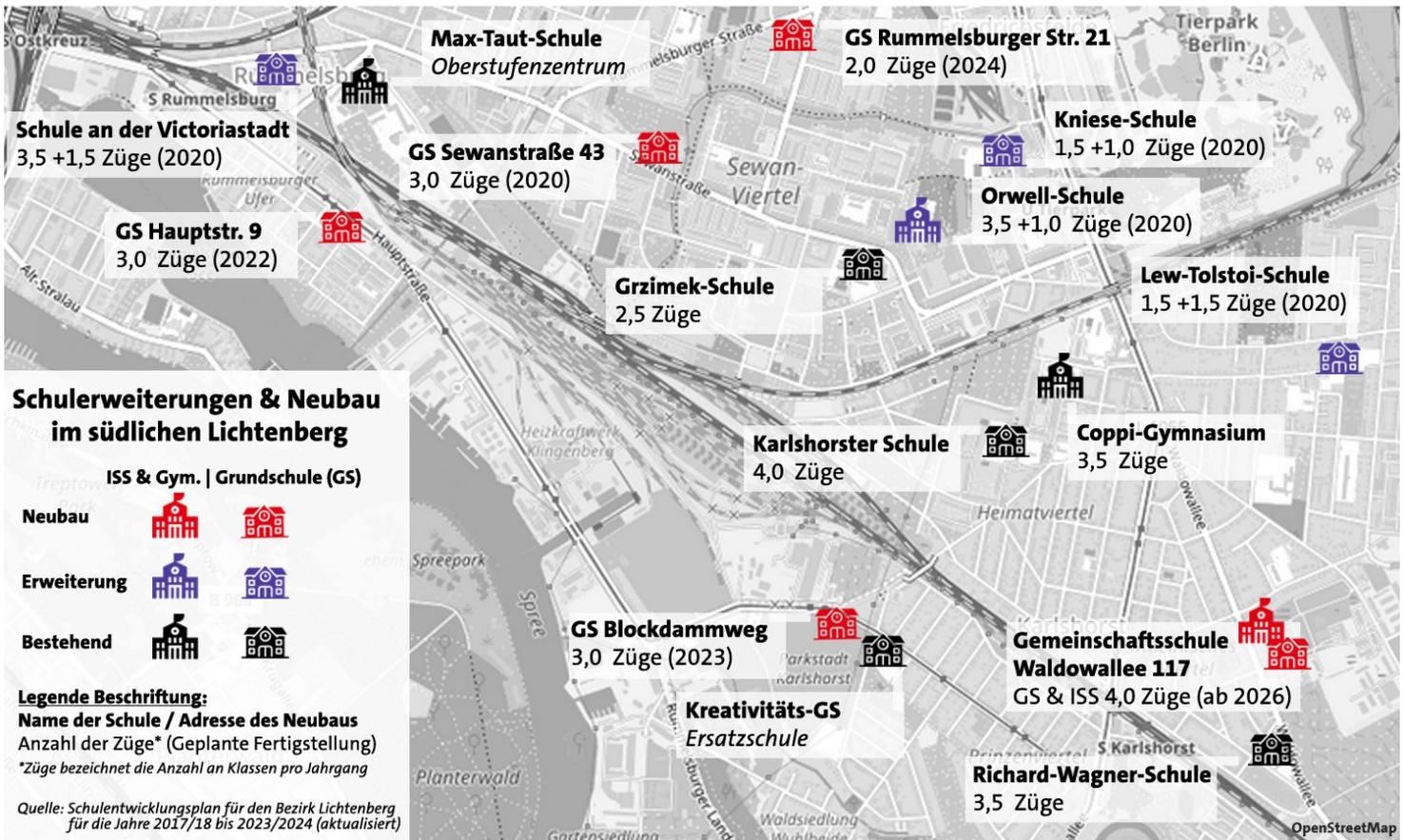
Die Berliner SPD verfolgt zudem seit diesem Frühjahr die Idee eines Mietendeckels, der per Landesgesetz die Mieten für

bezugsfertige Wohnungen zeitlich befristet zu einem Stichtag einfriert. Mieten dürfen anschließend nicht über einen festgelegten Wert steigen. Mit dem Mietendeckel können wir Mieten begrenzen, ohne für mehrere Milliarden Euro Wohnungen kaufen zu müssen. Damit stehen die Steuergelder für andere wichtige Zukunftsaufgaben zur Verfügung: neue Schulen, bezahlbarer Wohnungsbau und kostenlose Bildung von der Kita bis zur Universität.

Mit diesen Instrumenten wollen wir unsere stadtpolitische Vision von bezahlbarem Wohnraum für alle BerlinerInnen verwirklichen. Deshalb verhandeln wir bereits mit den Berliner Koalitionspartnern über die Umsetzung unseres Mietendeckels. Mehr Informationen dazu finden Sie auf: berlin-entlasten.de ■

BÜRGERSPRECHSTUNDE

In meiner Sprechstunde stehe ich Ihnen persönlich für Fragen und Anregungen zur Verfügung. Die kommenden Termine finden Sie immer aktuell auf meiner Homepage: andreas-geisel.de. Bitte melden Sie vorab Ihr Interesse in meinem Büro an. Mein Team und ich freuen uns darauf, von Ihnen zu hören!



DIE SCHULBAUOFFENSIVE IM SÜDLICHEN LICHTENBERG

Lichtenberg ist der am stärksten wachsende Bezirk hinsichtlich der Kinderzahl. Besonders deutlich merken wir das während unserer derzeitigen Aufholjagd in den südlichen Nachbarschaften des Bezirks. Fünf Schulen werden deshalb neu gebaut, vier werden erweitert. Um auch über kurzfristige Maßnahmen zu diskutieren, lud ich am 20.03.2019 zu einem Runden Tisch mit den Schulleitungen und Gesamtelternvertretungen (GEV) aus Karlshorst, Friedrichsfelde-Süd und der Rummelsburger Bucht ein.

Unter dem Titel „Lernen im Kiez“ begann schon im vergangenen Jahr ein Austausch über die Pläne für Karlshorst, um der steigenden SchülerInnenzahl gerecht zu werden. Seitdem konkretisierten sich viele der Maßnahmen, die in der Berliner Schulbauoffensive (BSO) festgeschrieben wurden. Dies ist das größte Investitionsvorhaben der laufenden Legislaturperiode. Für das bis Ende 2026 angelegte Programm sind Mittel von insgesamt 5,5 Mrd. Euro vorgesehen. Damit soll der Sanierungsstau an den Schulen abgebaut und neue Schulen für die wachsende Stadt errichtet werden. Alleine im südlichen Lichtenberg werden mehr als 160 Millio-

nen Euro investiert. Die oben abgebildete Karte verdeutlicht, wo in den kommenden Jahren neue Schulen entstehen und welche Schulen durch Anbauten oder Modulare Ergänzungsbauten (MEB) erweitert werden.

Gemeinsam mit Mark Rackles, dem damaligen Staatssekretär für Bildung, und Wilfried Nünthel, dem Bezirksstadtrat für Schulen erörterten wir während des Runden Tisches zudem kurzfristige Maßnahmen, die Abhilfe bei den besonders stark belasteten Grundschulen schaffen könnten. Hierzu gehören beispielsweise räumliche Erweiterungen für die Schulleistungsversorgung. Diese könnten zunächst auch durch Container bereitgestellt werden – solange ausreichend Platz vorhanden ist. Da auf Bestreben der SPD zum kommenden Schuljahr für die Klassenstufen 1-6 der Elternbeitrag zum Schulessen abgeschafft wird, realisiert das Land zudem verschiedene Maßnahmen durch neue Landes-Sonderprogramme.

Schulen mit einer hohen Überbelegung können darüber hinaus Unterstützung vom Senat oder dem Bezirk erhalten, um beispielsweise Maßnahmen wie Schulhofaufwertungen umzusetzen. Außerdem stehen im Verfügungsfond Mittel bereit,

die ebenfalls gezielt zur Verbesserung der Unterrichtsbedingungen genutzt werden können.

Hinsichtlich der Sekundarstufen soll vor allem der Neubau an der Waldowallee sowie eine ISS mitsamt eines Gymnasiums an der Allee der Kosmonauten für Entlastung sorgen.

Weiterhin erhoffen wir uns eine Entlastung durch die perspektivische Nutzung des HTW Campus an der Treskowallee als Schulstandort. Momentan laufen noch die Verhandlungen mit den Eigentümern des Peter-Behrens-Baus in Schöneweide, in den die Hochschule umziehen möchte, um so ihr Angebot an einem Standort zu konzentrieren. Sobald eine Einigung erzielt ist, können die Planungen für einen (schrittweisen) Umzug sowie die Nachnutzung des Geländes beginnen.

Abschließend befasste sich der Runde Tisch auch mit der Frage nach Sporthallen. Da jeder Schulneubau eine eigene Sporthalle bekommt, sollten zukünftig zahlreiche Sportstätten vorhanden sein. Zusätzlich erhält Karlshorst am Blockdammweg auch wieder einen Sportplatz mit Funktionsgebäude.



ZUR ZUKUNFT DER RUMMELSBURGER BUCHT

Schon eine Viertelstunde vor dem offiziellen Beginn war der große Saal des Alten Lazarets in der Rummelsburger Bucht so gefüllt, dass die Veranstalter vom WiR e.V. die Türen schließen mussten. Über 70 Anwohnerinnen und Anwohner hatten sich am 27.02.2019 zu einem Town Hall Format eingefunden, um sich mit Bezirksstadträtin Birgit Monteiro und mir auszutauschen.

Unterteilt in drei größeren thematischen Blöcken sprachen wir unter anderem über die Situation am und auf dem See, die Schul- und Kitaplanungen in Rummelsburg sowie die Pläne für die Bebauung am nördlichen Ende der Bucht. Dabei diskutierten wir recht kontrovers aber dennoch konstruktiv.

Insbesondere das dauerhafte Ankern einiger Boote sowie das Camp der Obdachlosen am Paul-und-Paula-Ufer riefen verschiedene Bedenken hervor. Durch die Räumung und den anschließenden Abtransport des Freibeuters ist ein Faktor, der zwischenzeitlich sogar zu einem größeren Polizeieinsatz führte, mittlerweile nicht mehr vor Ort. Zuletzt bemühte ich mich um eine Lösung für die fahruntüchtigen und gesunkenen Boote in der Bucht. Dabei wird es sowohl häufigere Kontrollen vor Ort sowie ein zeitliches Ankerverbot geben. Außerdem versuche ich Mittel für die Bergung bereitzustellen.

Neben dem Problem der Umweltbelastung durch die Hausboote kontaminieren

noch Schwermetalle und Schadstoffe den Grund der Rummelsburger Bucht. Mein erklärtes Ziel ist es dennoch weiterhin, in der Bucht bis 2040 wieder Badequalität herzustellen.

Das Camp wiederum erhielt vom Lichtenberger Bezirksamt die Zusage, die landeseigenen Fläche bis einschließlich April nutzen zu können. Währenddessen wurden die Bewohnerinnen und Bewohner von Sozialarbeitern unterstützt und erhielten eigene Toilettenanlagen. Der örtliche Polizeianschnitt ist damit beauftragt, regelmäßig vor Ort nach dem Rechten zu sehen.

Da momentan vor allem junge Familien das südliche Lichtenberg und insbesondere die Rummelsburger Bucht für sich entdecken, sind mehr Kitas und Schulen notwendig. Die genauen Planungen für Schulerweiterungen und Neubauten finden Sie in der Grafik auf Seite 2. Darüber hinaus sollen knapp 180 neue Kitaplätze entstehen.

Voraussichtlich am 16.05. trifft die Bezirksverordnetenversammlung eine Entscheidung zu den Plänen für die Bebauung der Entwicklungsfläche am Ostkreuz. Wenn dieser sogenannte B-Plan in der vorliegenden Form beschlossen wird, könnte hier schon schnell neuer und dringend benötigter Wohnraum gebaut werden. ■

KINDERUNIVERSUM

Schon im vergangenen Jahr wurden in meinem Bürgerbüro Gemälde und Fotografien von Lichtenberger Künstlern ausgestellt. Nun erhalten zum ersten Mal Kinder im Grundschulalter die Chance, ihre Arbeiten zu präsentieren.

Ihre Kunstwerke entstehen in einer wöchentlichen Zusammenarbeit mit der Karlsruher Künstlerin Iryna Fedder. Im Erarbeitungsprozess können die kleinen Künstler frei entscheiden, wie sich ihr Bild entwickeln soll. Oft fließen auch vorgelesene oder von den Kindern ausgedachte Geschichten in die Bildkompositionen mit ein. So entstehen besondere Werke aus der Fantasiewelt der Kinder mit einer ganz eigenen Erzählung.

Die Ausstellungseröffnung feierten wir mit interessierten Kindern, Eltern, Verwandten sowie Nachbarinnen und Nachbarn am 29. April. Nun bleiben die Bilder und Skulpturen einige Monate ausgestellt, sodass Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit haben, sich diese während der Öffnungszeiten des Büros anzuschauen. ■



KUNSTAUSSTELLUNG KINDERUNIVERSUM

Bürgerbüro Andreas Geisel, MdA
Dönhoffstr. 36a · 10318 Berlin

Eröffnung: 29.04.2019 19:00 Uhr

Fragen oder Anregungen? Kommen Sie in mein Bürgerbüro!

Dönhoffstraße 36a
10318 Berlin

Tel.: 030 3384 7257

E-Mail: buergerbuero@andreas-geisel.de

www.andreas-geisel.de

facebook.com/Andreas.Geisel

Mo: 10:00 – 13:00 Uhr

14:00 – 18:00 Uhr

Di: 11:00 – 13:00 Uhr

14:00 – 18:00 Uhr

Mi: 11:00 – 13:00 Uhr

14:00 – 18:00 Uhr

Fr: 10:00 – 14:00 Uhr

